

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	11
Artikel:	Wann entsteht eine sozialdemokratische Partei Europas? : Europapolitik als Hobby?
Autor:	Hartmann, Horst
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340650

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

neues Parteiprogramm hinter sich zu scharen, doch Ron Todd, Boss der Transport- und Hilfsarbeitergewerkschaft, nutzte den Parteitag von Blackpool, um seine 20 Prozent der Stimmen bei den Detailberatungen schwer gegen Kinnock aufzuwiegen zu lassen. Zwar hat jetzt Kinnock endlich ein Ja für die Marktwirtschaft, die neben einem starken und solidarischen Staat Platz haben soll, doch dies ist noch lange keine abgesicherte Errungenschaft, auf die die Partei bei ihrer Mitgliederwerbung, die für die parteiinterne Basisdemokratie eminent wichtig ist oder im Wahlkampf, bauen kann. Vielen Delegierten, so wurde in Blackpool offensichtlich, widerstrebt die Idee, dass eine linke Regierung den Kapitalismus

verwalten soll, und die Wogen der Emotionen schwäpften in der Diskussion hoch. Die Partei-reformer mussten sich mehrmals vorwerfen lassen, selber zu Yuppies geworden zu sein. Doch «diese Diskussion ist müs-sig, solange Frau Thatcher noch immer an der Macht ist», war von einem Delegierten zu hören. Tatsächlich muss die Partei zuerst einmal die Downing-Street zurückerobern, bevor sie auch nur einen einzigen Programm-punkt in die Tat umsetzen kann. Um so wichtiger wären deshalb klare Mehrheiten für Kinnocks Reformkurs. Während die lin-ken Funktionäre allerdings gar keine Konzessionen an die veränderten Bedingungen in Politik und Gesellschaft machen wollen, übt sich eine kleine Min-

derheit bereits im Marketing einer Partei – noch bevor das «Produkt» konkurrenzfähig ist. Der Chefredaktor von «Mar-xism today» zog enttäuscht sein persönliches Fazit: «Ende der sechziger Jahre waren wir die progressiven und innovati-ven Kräfte, die die Verände-rungen der Gesellschaft ausge-löst haben – heute ist die Linke die konservative Kraft, die in-novativen und progressiven Leute sind jetzt bei den Kon-servativen.» Der Labour Party steht noch ein langer Marsch durch die eigenen Institutionen bevor, bis sie die Opposition im Land um sich scharen und veränderungswillige Leute mit Lust an der Macht und sozialem Verantwortungsgefühl an sich binden kann.

Wann entsteht eine sozialdemokratische Partei Europas?

Europapolitik als Hobby?

Von Horst Hartmann

Der sozialdemokratischen Abgeordneten im Europaparla-ment, Heike Salisch, verdankt die Partei einen vernehmlichen Weckruf. Die Parlamentarierin ist schockiert von Selbstgefäl-ligkeit und leerer Betriebsam-keit im politischen Bereich. Sie wirft grossen Teilen der bun-desdeutschen Linken, ihrer Partei und den Gewerkschaf-ten in der Europapolitik «Nachlässigkeit, intellektuelle Borniertheit und sträflichen Leichtsinn» vor. Wenn das keine Gardinenpredigt ist... Nach Überzeugung von Heike Salisch haben sich weder die SPD noch die Gewerkschaften ernsthaft auf die fundamen-talen Umgestaltungen durch den geplanten Binnenmarkt der EG eingestellt: «Der Irseer Pro-grammentwurf behandelt die EG jedenfalls nicht als wesent-

liche Rahmenbedingungen sozialdemokratischer Politik.» Heike Salisch bedauert, dass die eigene Partei «den Schritt aus dem Nationalstaat in eine ernstzunehmende übernationa-le Gemeinschaft bis heute nicht vollzogen» habe. Ohne ein ei-genes Konzept, lasse es die Linke zu, dass die Regierungen bei der Gestaltung der EG kon-servative Politikrezepte anwen-den. Mit dem Binnenmarkt könnten neue Steuerungs- und Verteilungsspielräume für die Bekämpfung der Arbeitslosig-keit geschaffen werden. Doch statt das zu erkennen, gingen Oskar Lafontaine und Franz Steinkühler «wie die Kessel-flicker aufeinander los», weil «deutsch gedacht» werde und man nicht über den nationalen Tellerrand hinausblicke. Die Abgeordnete ohne Furcht

und Tadel möchte die eigene Partei wachrütteln, denn sie vermag nicht einzusehen, dass die SPD einen der «entschei-densten Einschnitte in unsre staatlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Organisati-ons- und Entscheidungsstruk-turen» nur am Rande behan-delt. Als grösstes Hindernis wertet Heike Salisch die unter-schiedlichen Auffassungen sozialdemokratischer und soziali-stischer Parteien in Fragen wie Atombewaffnung, Umwelt-schutz, Währungsunion und Gleichstellung der Frauen. Der SPD-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, Ulrich Maurer, ging noch einen Schritt weiter als Heike Salisch. Er forderte die Gründung einer sozialdemokratischen Partei auf Europaebene voranzutrei-ten: «Dies muss das Gegenge-

wicht werden zu einem Europa der Apparate, wo der jeweils rückständigste Interessenvertreter Richtung und Tempo bestimmt.» In das gleiche Horn stiess auch der SPD-Europaabgeordnete Gerd Walter: «Deutsche Kabinette und Parlamente haben nicht mehr die Macht,

die Zukunft der Republik beliebig zu gestalten.» Trotzdem würden Bundestagswahlkämpfe immer noch geführt, als gehe es «um das Schicksal der Republik», während Wahlkämpfe für das Europa-Parlament geführt würden, als seien sie das Hobby einiger Abgeordneter.

Ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung wurde aufgearbeitet

Das «Rote Basel» von 1935 bis 1938

Von Carl Miville

Als Antwort auf die seit 1929 andauernde Krise, Arbeitslosigkeit und bürgerliche Abbaupolitik wählten die Baselstädter im Frühjahr eine sozialdemokratische Regierungsmehrheit. Sie leitete einen tiefgreifenden politischen Neubeginn ein. Grosszügige Arbeitsbeschaffung, Arbeitsrappen, ausgewogene fiskalische Massnahmen, die Reform der Polizei und Widerstand gegen die Nazis machten den neuen Stil aus. Über die ersten drei Jahre des bis 1950 dauernden «Roten Basel» hat Charles Stirnimann ein ausgezeichnetes Buch geschrieben.

Das Werk Stirnimanns ist als Band 13 der «Quellen und Forschungen zur Basler Geschichte», herausgegeben vom Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt im Verlag F. Reinhardt AG, erschienen. Sein voller Titel lautet: «Das Rote Basel, 1935 bis 1938/Die ersten Jahre des «Roten Basel», Zielsetzungen und Handlungsspielräume sozialdemokratischer Regierungspolitik im Spannungsfeld von bürgerlicher Opposition und linker Kritik.»

Die Jahre 1935 und 1936 brachten einen Höhepunkt der seit 1929 andauernden Wirtschaftskrise. Ende Januar 1936 waren

in der Schweiz 124 000 Menschen ohne Arbeit; im darauffolgenden Monat stempelten an der Basler Utengasse täglich 7689 arbeitslose Frauen und Männer. Wo die Bürgerlichen ihre Politik durchsetzen konnten, waren dies die Deflation und der Abbau von Löhnen und Sozialleistungen. In Deutschland hatten die Nationalsozialisten 1933 die Arbeiterbewegung vernichtet. Aber in Basel wurden im Frühjahr 1935 die Signale anders gesetzt. Die bürgerlichen Parteien versuchten mit einer perfiden persönlichen Kampagne den sozialdemokratischen Erziehungsdirektor Fritz Hauser aus der Regierung zu werfen. Nur noch Gustav Wenk sollte – neben sechs Bürgerlichen – die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in der Exekutive vertreten dürfen. Nachdem im 1. Wahlgang die beiden Sozialdemokraten überzeugend gewählt worden waren, riss der «Basler AZ»-Redaktor und Parteisekretär Friedrich Schneider die SP zur Aufstellung von zwei weiteren Kandidaten, Fritz Brechbühl und Fritz Ebi, hin. Und am 7. April erbrachte der 2. Wahlgang den Sieg der vier Sozialisten. Aus

der Regierung flog nicht – wie von den Bürgerlichen beabsichtigt – Fritz Hauser, sondern der Vertreter der Katholischen Volkspartei, Rudolf Niederhauser. Zum Erfolg beigetragen hatten die Kommunisten, die im Zeichen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern) eben dabei waren, von der erfolglosen Taktik der Bekämpfung der Sozialdemokraten («Sozialfaschismus», «Einheitsfront von unten») auf die Volksfront umzustellen, die sich in Frankreich und Spanien als erfolgreich erwiesen hatte. Basel war ökonomisch schlecht dran. Die Arbeitslosigkeit war ungefähr 70 Prozent höher als im schweizerischen Durchschnitt. Dennoch durfte man dank der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer kraftvoller agierenden Arbeiterbewegung bereits von einem «sozialen Basel» sprechen. Da gab es eine kantonale Arbeitszeit- und Feriengesetzgebung, eine Arbeitslosenversicherung, eine öffentliche Krankenkasse und seit 1932 sogar eine kantonale AHV. Zum ersten Mal seit Jahren begingen SP und KP den 1. Mai gemeinsam auf dem Marktplatz. Vor 12 000 Teilnehmern erklärte Friedrich Schneider, *das Wahl-Aktionsprogramm der SP werde nun Regierungsprogramm!* Und tatsächlich: Am 18. Mai veröffentlichten die vier sozialdemokratischen Regierungsräte ein Programm mit folgenden Hauptpunkten: 1. Sicherung der Volksrechte, 2. Arbeitsbeschaffung, 3. Verkürzung der Arbeitszeit, 4. Erhaltung der Löhne, 5. Erhaltung der Errungenschaften des Schulgesetzes, 6. Erhaltung der Leistungen für die Arbeitslosen, 7. Schutz des Alters, 8. Unterstützung der Witwen und Waisen, 9. Schaffung der Mutterschaftsfürsorge, 10. Schutz der Kranken, 11. Reorganisation der Gerichte